

# 1 Einleitung

„Was nützt Entscheidungsfreiheit, wenn über Dinge entschieden werden soll, über die ein erheblicher Teil der Bürger nicht in verständlicher Weise – und damit nur schlecht oder überhaupt nicht – informiert ist?“ (Amstad 1978: 6)

Gibt man im Internet den Suchbegriff „Politikerdeutsch“ ein, so stößt man auf folgende Definition: „Politikerdeutsch ist eine, dem Juristendeutsch verwandte, gestelzte, doch zugleich schwammige, Variante des Hochdeutsch“ (o.V. 2011). Offensichtlich scheint es sich dabei auch um eine Sprachvariante zu handeln, für deren Verständnis eine Übersetzungshilfe notwendig ist, denn nur einen Treffer weiter offeriert ein Versandhandel das Langenscheidt-Lexikon „Politiker – Deutsch / Deutsch – Politiker: Politiker verstehen leicht gemacht“ (Langenscheidt 2007, vgl. ähnlich auch Drücker/Rieth 2005). Das Verkaufspotenzial für dieses Nachschlagewerk sollte nicht unterschätzt werden: So bekundeten bei einer Repräsentativbefragung von TNS Infratest im Jahr 2006 über die Hälfte der 3.021 Befragten, die Sprache der Politiker sei unverständlich (vgl. Neugebauer 2007: 30). Noch deutlicher fiel das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von Forsa im Auftrag der Universität Hohenheim aus dem Jahr 2012 aus: Nur 28 Prozent der 1.005 Befragten stimmten (eher oder voll und ganz) der Aussage zu, dass Politiker ihre Kommunikation gut verständlich aufbereiten (vgl. Mast 2012: 5). Im Gegensatz dazu stimmten immerhin 69 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Journalisten ihre Kommunikation gut verständlich aufbereiten.

Auch in den Medien ist die Unverständlichkeit von Politikern<sup>1</sup> und die häufig zu beobachtende Inhaltsleere ihre Sprache immer wieder ein beliebtes Thema – nicht erst seit den mittlerweile berühmt gewordenen sprachlichen Entgleisungen des einstigen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (vgl. Roth 2002: 84, Roth 2006: 247f.). Selbst in die Populärkultur hat das Thema bereits vor Längerem Einzug gehalten, wie der zeitlose Sketch „Die Bundestagsrede“ von Lorient (1981) zeigt (vgl. hierzu auch Roth 2006: 248f.). In diesem hält der fiktive Bundestagsabgeordnete Werner Bornheim eine Rede, die hier aufgrund ihrer großen Illustrationskraft in gekürzter Form wiedergegeben werden soll:

„Meine Damen und Herren, Politik bedeutet, und davon sollte man ausgehen, das ist doch – ohne darum herum zu reden – in Anbetracht der Situation, in der wir uns befinden. Ich kann meinen politischen Standpunkt in wenige Worten zusammenfassen: Erstens das Selbstverständnis unter der Voraussetzung,

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der Einfachheit und Lesbarkeit sollen die Begriffe Politiker und Bundeskanzler im Folgenden als Sammelbegriffe sowohl für männliche als auch für weibliche Vertreter dieser Berufsgruppen verwendet werden.

zweitens, und das ist es, was wir unseren Wählern schuldig sind, drittens die konzentrierte *Be-inhaltung* als Kernstück eines zukunftsweisenden Parteiprogramms. (...) Ich danke Ihnen“ (Loriot 1981: 171f., Hervorhebung im Original).

Treten ähnliche Fälle in der politischen Realität auf, so lauten die Vorwürfe zumeist „Luftblasensprache“ (Roth 2002: 84), „Schwurbelei“ (Mohr 2010), „Partei-Chinesisch“ (Steingart 2010: 16), „Floskelsprache“ (Kissler 2010) oder „Politikersprech“ (Drücker/Rieth 2005). Solche Kritik ist dann teilweise sogar von den Politikern selbst zu hören: Die Sprache der Politik sei so abgehoben, „dass die Leute sie gar nicht mehr verstehen“ konstatiert beispielsweise die Grünen-Bundestagsabgeordnete Agnes Krumwieder gegenüber der Süddeutschen Zeitung (Käppner 2010). Auch Roth (2002) kommt auf der Grundlage von 17 qualitativen Interview mit Bundestagsabgeordneten zu dem Ergebnis, dass das Problem der „Luftblasensprache“ (ebd.: 84) den befragten Politikern durchaus bewusst ist: „Auch die befragten Abgeordneten – und zwar ausnahmslos alle, soweit das Thema angesprochen wurde – bestätigten die Häufigkeit solcher ‚Luftblasen‘ in der alltäglichen politischen Sprache“ (ebd.).

Häufig wird hierbei auch ein Zusammenhang zwischen dem wachsenden Vertrauensverlust der Bürger in die Politik und der Sprache der politischen Repräsentanten vermutet. So konstatiert beispielsweise Michael Spreng, der ehemalige Wahlkampfleiter von Edmund Stoiber: „Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten wird immer größer, weil die meisten deutschen Spitzenpolitiker unfähig sind zu einfacher, verständlicher Sprache, zu kurzen Sätzen, zu klaren Botschaften“ (Spreng 2009: 305). Und auch Peter Altmaier, CDU-Politiker und aktueller Bundesumweltminister konstatiert in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: „Das Interesse an politischen Inhalten geht immer mehr zurück, was auch damit zu tun hat, dass uns das Erklären von Politik oft nicht gelingt“ (Altmaier 2012). Hieraus ergibt sich für Altmaier aber gleichzeitig auch ein erfolgversprechender Ansatz für die Rückgewinnung des abnehmenden Bevölkerungsinteresses: „Politik so (...) vermitteln, dass auch Nichtfachleute verstehen, was gemeint ist“ (ebd.). „Politik verstehbar machen“ (Lehnartz 2008), das sieht auch der aktuelle Bundespräsident Joachim Gauck als eine seiner vordringlichsten Aufgaben, wie er in einem Interview mit dem ZDF erläutert:

„Wir haben so komplizierte Sachverhalte, dass es manchmal natürlich sehr mühsam ist, den Menschen zu erklären, worum genau es hier geht. (...) Das ist manchmal der Politik zu mühsam. Und wenn man sich dann durchgerungen hat (...), dann fehlt manchmal die Energie und die Entschlossenheit, der Bevölkerung sehr offen zu sagen, was geschieht eigentlich im Moment. (...) Ich hab vor einiger Zeit mal gesagt, mir kommt es vor, als wäre der Bundespräsident der ständige Vertreter der Bevölkerung bei der Regierung. Aber er ist auch vielleicht der ständige Vertreter der ausübenden Politik gegenüber der Bevölkerung. Das heißt, zu helfen, dass wir einander verstehen“ (Bundespräsidentamt 2012).

Auch von wissenschaftlicher Seite werden Verständigungsprobleme zwischen Politikern und Bürgern thematisiert: „Sprache wird in der Politik zum allergrößten Teil nicht ‚kommunikativ‘ gebraucht. Es überwiegen gerade nicht verständigungsorientierte Gespräche (...), sondern in der Regel das Gegenteil“, konstatiert beispielsweise Holly (1996: 14). Klein sieht in solchen „Dialogblockaden“ gar eine wichtige Ursache für den „alarmierenden Vertrauensschwund gegenüber ‚der Politik‘“ (1996a: 3f.). Ganz ähnlich stellt Sarcinelli eine „Blockierung der politischen Dialogfähigkeit“ fest, mit der Folge von all dem, „was eben unscharf mit *Politikverdrossenheit* umschrieben wird“ (1996: 33, Hervorhebung im Original). Auch Czerwick gelangt zu dem Schluss, dass sich „Volkes Stimme und Politik wechselseitig nicht verstehen“ (1996: 64), sich hieraus jedoch nicht nur die Gefahr der Politikverdrossenheit des Volkes, sondern gleichzeitig auch der „Volksverdrossenheit der Politik“ (ebd.) ergäbe. Blühdorn schließlich zeigt auf, dass es sich bei der immer wieder zitierten Politikverdrossenheit nicht um eine pauschale Ablehnung des Politischen handelt, wie der Begriff nahelegt, sondern vielmehr um die Ablehnung einer unverständlichen und unglaublichen Politik und damit eher um eine „Kommunikationsverdrossenheit“ (Blühdorn 1995: 108).

Bürger, Journalisten und Wissenschaftler, so scheint es demnach, sind sich in ihrem Urteil über den Sprachgebrauch deutscher Politiker (und dessen Folgen) weitgehend einig. Doch woher kommt diese Gewissheit? Lässt sich die These von der Unverständlichkeit unserer Politiker auch wissenschaftlich belegen? Wenn ja: Haben wir es lediglich mit individuellen Verständlichkeitsproblemen einzelner Volksvertreter zu tun? Oder handelt es sich tatsächlich um den generellen Versuch der Politiker, sich unter den Zwängen der Mediengesellschaft gewisse „interpretatorische Spielräume“ (Schäffer 2007) zu erhalten, was häufig nur auf Kosten der politischen Verständigung möglich ist?

Ein Blick auf die Forschungslage führt zu einem überraschenden Ergebnis: Politik- und Kommunikationswissenschaft haben das Thema „Verständlichkeit von Politikern“ bislang empirisch kaum untersucht. Die Fragen, ob Politikersprache tatsächlich als unverständlich bezeichnet werden kann, wann dies der Fall ist und auf welche Rezipienten sich diese Unverständlichkeit erstreckt, sind aus wissenschaftlicher Sicht daher nahezu unerforscht. Denn die empirische Forschung beschränkte sich bislang weitgehend auf die Rezipientenseite der Politiker-Bürger-Kommunikation, genauer: auf deren Verständnisvoraussetzungen (politisches Wissen) und die Folgen mangelnden Verständnisses (Politikverdrossenheit). Verständnisprobleme werden in dieser Perspektive „nicht selten dem Wähler (fehlenden kognitiven Voraussetzungen und geringem Interesse) angelastet“ (Westle 2005: 485).

Dass sowohl diese Perspektive als auch die oben dargestellte Generalverurteilung von Politikern als „unverständlich“ zu kurz greifen, zeigen die Ergebnisse der einzigen bislang vorliegenden Verständlichkeitsanalyse deutscher Bundeskanzler. So stellt Niecke (2006) in seiner Untersuchung der Großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler seit 1949 fest, dass die Verständlichkeit dieser Reden tendenziell im Zeitverlauf *gestiegen* ist. Zudem schwankte die Verständlichkeit der Reden sehr stark. Keiner der untersuchten Redner konnte jedoch als generell unverständlich bezeichnet werden.

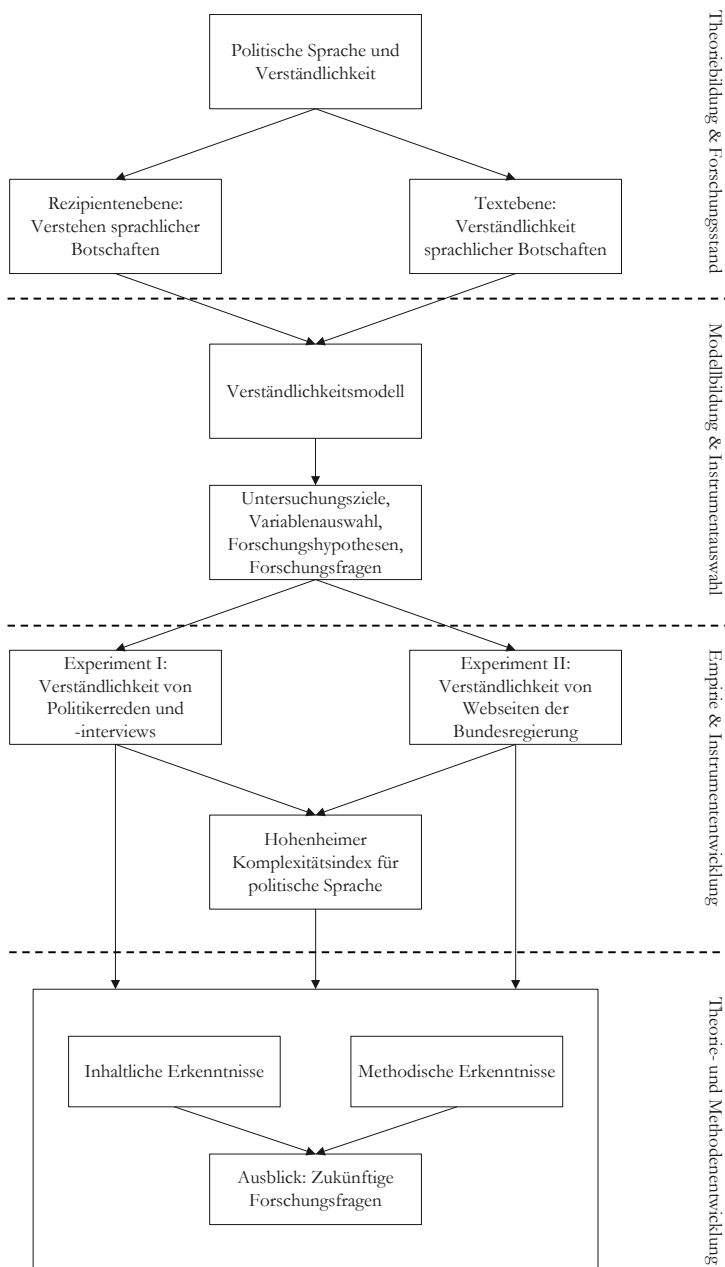
Doch was bedeutet es genau, wenn eine Politikerrede als „unverständlich“ oder „verständlich“ bezeichnet wird? Ist Politikerverständlichkeit angesichts der individuellen Verständnisvoraussetzungen der deutschen Wahlbürger überhaupt objektiv messbar? Welche

– individuellen und gesellschaftlichen – Prozesse beeinflussen die Verständigung zwischen Politikern und Bürgern? Welche Merkmale des Kommunikationsprozesses führen dazu, dass Politikersprache als verständlich oder unverständlich wahrgenommen wird? Eine Beantwortung dieser Fragen fällt angesichts der bestehenden Forschungslage schwer. Ziel der vorliegenden Arbeit soll es daher sein, einen ersten Schritt zur Schließung der soeben skizzierten Forschungslücke zu unternehmen und das „Schattendasein“ (Bucher 2005: 465) der Verständlichkeitsforschung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft zu beenden.

Die Vorgehensweise folgt dabei dem in Abbildung 1 skizzierten Aufbau. Zunächst werden die für den Forschungsgegenstand relevanten begrifflichen Konzepte, Theorien und Instrumente sowie der hiermit verbundene Forschungsstand dargestellt. In diesem Zusammenhang wird in einem ersten Schritt das Verhältnis von politischer Sprache und Verständlichkeit beleuchtet, wobei auf Ansätze aus Linguistik, Kommunikationswissenschaft, Rhetorik und Politikwissenschaft zurückgegriffen wird (vgl. Kap. 2). Wie sich dabei zeigen lässt, steht die Verständlichkeit in einem spannungsgeladenen und keineswegs widerspruchsfreien Verhältnis zu den zentralen Funktionen politischer Sprache. So ergibt sich für Politiker bei der Gestaltung ihrer Botschaften ein mehrdimensionales Entscheidungsdilemma, das häufig – teilweise bewusst, teilweise unbewusst – auf Kosten der Verständlichkeit aufgelöst wird. Die Gründe hierfür finden sich zum einen in der spezifischen Kommunikationssituation der Politiker: Wichtige Faktoren sind hierbei die systematischen Wissensunterschiede zwischen Politikern und Bürgern, die massenmediale Übermittlung der politischen Botschaften sowie die strategisch bedingten Kommunikationsnormen der Parteien. Zum anderen lassen sich auch gesellschaftliche Entwicklungsprozesse beschreiben, die zu einer strukturellen Verstärkung der bereits erwähnten „Dialogblockaden“ beigetragen haben. So ist insbesondere eine Ausdifferenzierung und Professionalisierung des politischen Systems zu beobachten, die auch eine zunehmende sprachliche Entfremdung zwischen Politikern und Bürgern nach sich zieht.

Die so beschriebenen Verständigungsprobleme lassen sich gleichzeitig als ein generelles Problem der Bedeutungsvermittlung darstellen. Hierbei spielen v.a. zwei zentrale Komponenten des Kommunikationsprozesses eine entscheidende Rolle: die Merkmale der jeweiligen Botschaft sowie die betroffenen Rezipienten mit ihren individuellen Verständnisvoraussetzungen (z.B. Bildung, politisches Wissen, Sprachkompetenz). Um den Einfluss dieser Prozessvariablen angemessen darstellen zu können, werden zunächst der Prozess der menschlichen Sprach- bzw. Textverarbeitung sowie die unterschiedlichen Verarbeitungsbedingungen, unter denen dieser Prozess stattfinden kann, erläutert (vgl. Kap. 3). Als Grundlage hierfür dienen Konzepte der Gedächtnisforschung, der Kognitionspsychologie, der Textlinguistik und der Dialoganalyse.

Abbildung 1: Aufbau der Arbeit



Wie bereits erwähnt, stellen neben den individuellen Verständnisvoraussetzungen und Verstehensprozessen auf der Rezipientenseite auch die Merkmale der empfangenen Botschaften einen wichtigen Ansatzpunkt für die Erklärung möglicher Verständigungsprobleme dar. Diese werden in den unterschiedlichen Ansätzen der Verständlichkeitsforschung modelliert (vgl. Kap. 4). Allerdings besteht keineswegs Einigkeit darüber, ob es sich bei den untersuchten Eigenschaften der Mitteilungen tatsächlich um Verständlichkeitsvariablen mit rezipientenübergreifender Gültigkeit oder um das Ergebnis einer individuellen Interaktion aus Rezipienten- und Texteigenschaften handelt. Wie im Rahmen dieser Arbeit dargestellt werden soll, lässt sich das auf diese Weise ergebende Dilemma der Verständlichkeitsforschung aber durchaus auflösen.

Führt man die Erkenntnisse aus den ersten Kapiteln zusammen, so können die Lücken des gegenwärtigen Forschungsstands identifiziert und ein generelles Verständlichkeitsmodell entwickelt werden. Auf dieser Grundlage erfolgen in einem weiteren Schritt die Formulierung der Untersuchungsziele, die Auswahl der relevanten Untersuchungsvariablen, sowie die Spezifizierung von Forschungshypothesen und Forschungsfragen (vgl. Kap. 5). Diese werden anschließend im Rahmen von zwei Experimenten untersucht. Gegenstand des ersten Experiments (vgl. Kap. 6) ist das Verständnis und die Verständlichkeit gesprochener Sprache (Politikerreden und -interviews). Bei den Untersuchungsstimuli handelt es sich dabei jeweils um Originaltexte deutscher Spitzenpolitiker, die von den Probanden in unterschiedlichen Darbietungsmodi (AV, Audio, Text) rezipiert wurden. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei den Untersuchungsstimuli des zweiten Experiments (vgl. Kap. 7) ausschließlich um geschriebene Sprache (Webseiten der Bundesregierung). Anders als im ersten Experiment ist es so möglich, den Probanden unterschiedliche, teilweise manipulierte Textversionen vorzulegen. Während in der ersten Untersuchung die experimentelle Manipulation also in der Variation der Darbietungsformen besteht und der Text konstant gehalten wird, variiert im zweiten Experiment der Text bei konstanter Darbietungsform.

Die Erkenntnisse aus den beiden Experimenten dienen als Anlass und Grundlage für die Entwicklung eines neuen Instruments zur Messung der Komplexität von Politikersprache (vgl. Kap. 8). Dieser „Hohenheimer Komplexitätsindex für Politikersprache“ stellt das erste Instrument der Verständlichkeitsforschung dar, das speziell für die Analyse politischer Texte entwickelt und geeicht wurde. Im Vergleich zu den bestehenden Messinstrumenten lassen sich somit deutlich spezifischere Aussagen über die Textschwierigkeit politischer Botschaften treffen. Neben diesen und anderen methodischen Erkenntnissen der beiden Experimente können auf der Grundlage der vorab formulierten Forschungshypothesen zahlreiche inhaltliche Erkenntnisse erzielt werden. Eine Zusammenfassung und Diskussion dieser Ergebnisse findet sich, zusammen mit einem Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungsfragen und -felder im letzten Kapitel (vgl. Kap. 9).

Im Folgenden sollen nun zunächst die Merkmale und Funktionen der politischen Sprache definiert und erläutert werden, um auf dieser Grundlage die Verständlichkeit politischer Kommunikation als individuelles und gesellschaftliches Problem darstellen zu können.

Verstehen und Verständlichkeit von Politikersprache  
Verbale Bedeutungsvermittlung zwischen Politikern und  
Bürgern

Kercher, J.

2013, XVI, 422 S. 96 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00190-2